

Woher kommt das Wirtschaftswachstum?

In einem einzigartigen Forschungsprojekt durchleuchten Wirtschaftshistoriker aus Cambridge zwei Orte in Süddeutschland.

Frederic Spohr
Köln

Nach heutigen Maßstäben hatte sich Alexander Hürtinger nichts Schlimmes zuschulden kommen lassen. Für das Jahr 1682 aber war es unerhört: Der Barbier von Wildberg trug als Accessoire ein kleines Schnürchen an seinem Kragen - ein eklatanter Verstoß gegen die Kleiderordnung des Ortes. Was folgte, war ein zäher juristischer Kleinkrieg: Neun lange Jahre stritt die Ortschaft über das Bändchen, es kam zu mehreren Gerichtsverhandlungen.

Auf diese Geschichte sind Wirtschaftshistoriker der Universität Cambridge gestoßen, die derzeit in einem beispiellosen Forschungsprojekt die Vergangenheit zweier kleiner schwäbischer Ortschaften durchleuchten: Wildberg im Schwarzwald und Auingen auf der Schwäbischen Alb. Die Forscher erhoffen sich unter anderem Rückschlüsse darüber, warum die Industrialisierung in Deutschland verhältnismäßig spät eingesetzt hat.

Penible Buchführung der Schwaben

Fast jeder Einwohner, der zwischen 1600 bis 1900 in den beiden Orten gelebt hat, wird detailliert in den Datenbanken der Wissenschaftler erfasst. Die Forscher wissen, wer mit wem verwandt war, wer wem Geld schuldet und womit die Einwohner ihr Geld verdienten. Auch die Besitztümer der Menschen und die lokalen Vorschriften analysieren die Forscher: So wollen sie herausfinden, welche Faktoren das Konsumverhalten der Menschen und damit das Wachstum beeinflusst haben - ein Beispiel dafür ist die Kleiderordnung.

Auf dem Prüfstand steht eine Theorie des niederländischen Historikers Jan de Vries. Der argumentiert, dass es schon lange vor der industriellen Revolution einen grundlegenden Wandel des Lebens und des Arbeitens gegeben hat, ohne



Klaus Meinhardt

den die Industrialisierung nicht stattgefunden hätte.

Um mehr Marktgüter kaufen zu können, hätten die Menschen mehr gearbeitet - und statt sich selbst zu versorgen, suchten sie sich immer häufiger bezahlte Jobs. Die wachsende Nachfrage nach Produkten und das größere Arbeitsangebot hätten schließlich den Weg zur Fabrikproduktion geebnet. Wirtschaftshistoriker nennen diese

Phase die „industrious revolution“, die „Revolution des Fleißes“.

Sheilagh Ogilvie, Leiterin des Forschungsprojekts in Süddeutschland, sagt: „Es geht darum, wie selbsterhaltendes Wachstum ursprünglich entstanden ist.“

Wenn die These von der „industrious revolution“ stimmt, müssten Produktionsgüter wie Spinnräder langsam aus den Haushalten verschwinden; modische Kleider oder

Einrichtungsgegenstände dagegen zahlreicher werden.

Süddeutschland eignet sich besonders gut, um diese These zu überprüfen: Vor Hochzeiten und nach Todesfällen wurden dort stets die Besitztümer der Bürger genau dokumentiert - um das Erbe gerecht zu verteilen. Und die Schwaben gingen dabei vermutlich so penibel vor, wie sonst niemand auf der Welt: Auch der letzte Kartoffelsack wurde aufgeschrieben - und das über 300 Jahre hinweg.

„Datenbanken, welche die Inventuren zweier Ortschaften über einen so langen Zeitraum erfassen, gibt es bisher noch nicht“, sagt Projektmitarbeiter Markus Küpker. Mittlerweile haben die Forscher 28 000 Dokumente ausgewertet und 460 000 Gegenstände erfasst. Dabei haben sie noch längst nicht alle Listen ausgewertet.

„Wir sind jetzt im Jahr 1730, und erst jetzt können wir langsam das beobachten, was in nordwestlichen europäischen Ländern deutlich früher passiert ist: Konsumgüter werden in den Haushalten zahlreicher“, sagt Ogilvie. Die Revolution des Fleißes setzte in Süddeutschland also offenbar später ein - das könnte ein Grund sein, warum Deutschland anfangs auch bei der Industrialisierung zurücklag.

Die Frage, woher das Wirtschaftswachstum eigentlich kommt, ist bis heute von großer Relevanz: Entwicklungshelfer wollen wissen, welche Hindernisse dem Wohlstand im Weg stehen. Ein Grund könnten Vorschriften und Konventionen sein, an denen auch schon der Barbier von Wildberg verzweifelte.

Der Fall mag heute sonderbar erscheinen, doch für unsere Vorfahren gehörten solche Streitigkeiten zum Alltag. Welche Kleider sie trugen, welche Speisen und Getränke sie verzehrten und welcher Arbeit

sie nachgingen - all das war strengstens reglementiert. Besonders in Süddeutschland diktierten Kirche, Zünfte und Eliten das Leben. Ogilvie: „Mächtige Gruppen verteidigten ihre Privilegien. Einheimische Herstellerkartelle wie die Zünfte und die Kaufmannsgilden wollten sich vor ausländischen Herstellern und Einzelhändlern schützen.“

„Es geht darum, wie selbsterhaltendes Wachstum ursprünglich entstanden ist.“

Sheilagh Ogilvie
University of Cambridge

Auch in Holland und England gab es einst solche Gesetze - doch wurden sie bereits um 1600 abgeschafft. „In den dortigen Inventuren können wir sehen, dass von da an die Konsumgüter deutlich zunahmen“, sagt Ogilvie. Die Forscherin vermutet, dass sie eine ähnliche Entwicklung auch in den schwäbischen Dörfern finden wird.

Ein weiterer Unterschied zu nordwesteuropäischen Gesellschaften war die Benachteiligung der Frauen - über 90 Prozent der wegen falscher Kleidung Verurteilten im Jahr 1713 waren weiblich. Gerade die Frauen spielen bei der Revolution des Fleißes eine entscheidende Rolle - sie waren es vor allem, die verstärkt Lohnarbeit nachgingen und ihr neu verdientes Geld ausgaben. Doch in Deutschland durften Frauen viele Berufe nicht ergreifen.

Und selbst Frauen, die Geld verdienten, durften es nicht so ausgeben, wie sie wollten. Das zeigt die Überlieferung von einem Kneipenabend in Schwaben: Da beschwerte sich die resolute Barbara Müller, nicht das serviert zu bekommen, was sie wünscht - und das trotz eines stattlichen Einkommens, „schließlich verdiene sie drei Batzen in einer Viertelstunde“, wie es in den Dokumenten heißt. Doch für ihre Konsumfreudigkeit musste sie drei Tage ins Zuchthaus.

H Link zur Homepage des Forschungsprojekts
handelsblatt.com/link

Wissenswert: Internationale Wohlstandsvergleiche sind schwieriger als gedacht, zeigt eine neue Studie. Viele **Entwicklungsländer** sind erheblich ärmer als die offiziellen Statistiken suggerieren.

Norbert Häring
Frankfurt

Fünf Jahre noch - dann hat China die USA als größte Volkswirtschaft der Welt abgelöst. So prognostiziert es der Internationale Währungsfonds. In absoluten Zahlen betrachtet, wird die US-Wirtschaftsleistung zwar dann noch größer sein. Anders sehe es jedoch aus, wenn man die sogenannten Kaufkraftparitäten berücksichtigt - also einrechnet, dass man für einen US-Dollar in China viel mehr kaufen kann als in den USA.

Das Beispiel verdeutlicht das Problem beim Wohlstandsvergleich: Viele Güter sind in Industrieländern teurer als in Schwellen- und Entwicklungsländern. Die Wechselkurse spiegeln das nur teilweise wider. Wer also die unterschiedlichen Preisniveaus ausblendet, unterschätzt den Wohlstand der Schwellenländer. Die Kaufkraftpari-

täten - die betrachten, wie viele Waren man in einem Land mit dem Geld wirklich kaufen kann - sollen das verhindern.

Doch auch dieser Kunstgriff hat einen Schönheitsfehler: Kaufkraftparitäten sind fiktive Werte, die mit der wirklichen Wirtschaftskraft und dem wirklichen Wohlstand nur entfernt etwas zu tun haben - denn es ist extrem schwierig, sie zuverlässig zu berechnen. Das zeigt die norwegische Professorin Ingvild Almås in einer neuen Studie. Sie kommt zu einem spektakulären Ergebnis: Für ärmere Länder sind einfache Vergleiche des Wohlstands auf Basis der tatsächlichen Wechselkurse näher an der Wahrheit als die komplizierten Berechnungen über Kaufkraftparitäten.

Der Grund dafür: Bei der Berechnung der Paritäten wird die Kaufkraft überschätzt, und zwar umso mehr, je ärmer ein Land ist. Ein ein-

faches Beispiel dafür ist, dass die Güter in den ärmeren Ländern von geringerer Qualität sind.

Grundsätzlich sind diese Probleme schon lange bekannt - Almås aber ist es dank eines besonderen Kniffs gelungen, ihre Bedeutung in der Praxis erstmals zu beziffern.

25 %

der statistisch ausgewiesenen Wirtschaftskraft Nepals beträgt die tatsächliche Wirtschaftskraft des Landes.

Quelle: Ingvild Almås

Ihre Arbeit basiert auf einer alten ökonomischen Gesetzmäßigkeit: Je reicher Menschen werden, desto geringer wird der Anteil ihres Einkommens, den sie für Lebensmittel ver-

wenden. Eine unterernährte nepalesische Familie gibt fast ihr gesamtes Einkommen für Nahrungsmittel aus. Bei einem wohlhabenden Deutschen sind es weniger als zehn Prozent. Dem deutschen Statistiker Ernst Engel (1821 bis 1896) ist dies als Erstem aufgefallen - Ökonomen sprechen vom „Engel'sches Gesetz“. Wenn die Bewohner eines Landes bei gleicher Alterstruktur und gleichem gemessenem Einkommen einen viel höheren Prozentsatz für Nahrungsmittel ausgeben, dann ist das ein Indiz dafür, dass das tatsächliche Einkommen geringer ist als das gemessene.

Almås zeigte jetzt, dass zwischen dem statistisch gemessenen Einkommen auf der Basis von Kaufkraftparitäten und dem Wohlstandsniveau, das man aus dem Anteil der Lebensmittelausgaben ablesen kann, eine deutliche Lücke klappt. Je ärmer ein Land, desto größer die Lücke: Im

bettelarmen Nepal etwa ist das fiktive Einkommen auf Basis der Parität viermal so groß wie der tatsächliche Wohlstand.

Fortschritte bei der Berechnung von Kaufkraftparitäten hatten diese Probleme in den vergangenen Jahren allerdings zumindest abgeschwächt, betont die Forscherin. Ihre Studie, die auf älteren Daten basiert, überschätze die Unterschiede daher etwas. Eines ist aber sicher: Bei Wohlstandsvergleichen auf der Grundlage von Kaufkraftparität ist Vorsicht angebracht - zum Beispiel, wenn es darum geht, die Erfolge oder Misserfolge im Kampf gegen die Armut zu beurteilen.

„International Income Inequality: Measuring PPP Bias by Estimating Engel Curves for Food“, von: Ingvild Almås, erscheint in: „American Economic Review“ - **Download der Studie:** www.handelsblatt.com/link